



Bundesministerium
der Finanzen



Freiheit
Einheit
Demokratie

POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Finanzen, 11016 Berlin

Per E-Mail

Oberste Bundesbehörden

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin

BEARBEITET VON AR'in Kegel

REFERAT/PROJEKT II A 3

TEL +49 (0) 30 18 682-1636 (oder 682-0)

FAX +49 (0) 30 18 682-2617

E-MAIL poststelle@bmf.bund.de

DATUM 21. April 2010

- BETREFF
- 1. Personalkostensätze für Kostenberechnungen/
Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen**
 - 2. Sachkostenpauschale eines Arbeitsplatzes in der Bundesverwaltung für
Kostenberechnungen/Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen**
 - 3. Kalkulationszinssätze für Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen**

ANLAGEN 2

GZ **II A 3 - H 1012-10/07/0001**

DOK **2009/0673035**

(bei Antwort bitte GZ und DOK angeben)

Anbei übersende ich die Übersichten über die

- Personalkostensätze für Beamtinnen/Beamte und Richterinnen/Richter, Hochschullehrerinnen/Hochschullehrer des Bundes und Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes des Bundes,
- Sachkostenpauschale eines Arbeitsplatzes/Beschäftigten in der Bundesverwaltung.

Die Sachkostenpauschale für einen Arbeitsplatz in der Bundesverwaltung beträgt 11.908 €.

Die Personalkostensätze enthalten die Erhöhungen der Bezüge des Jahres 2009 einschließlich der Auswirkungen des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 2008/2009 vom 29. Juli 2008. Die Personalnebenkosten sowie Teile der Sachkostenpauschale wurden auf der Grundlage der Ist-Ausgaben 2008 ermittelt.

Die Kalkulationszinssätze gemäß „Arbeitsanleitung Einführung von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen“ (Anhang zur VV-BHO § 7) betragen 2,2 % p. a. real und 3,4 % p. a. nominal.

Für Wirtschaftlichkeitsvergleiche bei längerfristigen Maßnahmen sollen die Zinssätze für gleiche Laufzeiten und Stichtage zugrunde gelegt werden. Diese Zinssätze können dem Internet-Angebot der Deutschen Bundesbank entnommen werden (www.bundesbank.de → Statistik → Aktuelle Zahlen → Zinsen und Renditen → Zinsstruktur am Rentenmarkt [Schätzwerte/Börsennotierte Bundeswertpapiere]).

Ich bitte, die Übersichten nebst Erläuterungen sowie die Kalkulationszinssätze allen mit Kostenberechnungen und Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen befassten Stellen - insbesondere auch den nachgeordneten Bundesbehörden - zuzuleiten.

Auf der Internetseite des Bundesministeriums der Finanzen wird das Rundschreiben unter www.bundesfinanzministerium.de veröffentlicht und ist über die Suchbegriffe „Personalkostensätze, Sachkostenpauschale oder Kalkulationszinssätze“ zu finden.

Im Auftrag
Schröder

Dieses Dokument wurde elektronisch versandt und ist nur im Entwurf gezeichnet.

Personalkostensätze für**Kostenberechnungen/Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen****I. Erläuterungen****Vorbemerkungen**

Bei Kostenberechnungen und Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen kommt der Ermittlung der Personalkosten besondere Bedeutung zu, da sie in der Regel einen hohen Anteil an den Gesamtkosten darstellen. Ihre Erfassung und Berechnung ist allerdings oft mit großem Erhebungs- und Berechnungsaufwand verbunden. Deshalb sollen, soweit im Einzelfall nicht eine besondere Kostenberechnung geboten ist, die nachfolgenden Durchschnittskosten zugrunde gelegt werden. Sie schließen die durchschnittlichen Dienstbezüge, einen Versorgungszuschlag bzw. Zuschlag für Sozial- und ggf. Zusatzversicherung sowie pauschalisierte Zuschlagssätze für Personalneben- und sonstige Personalgemeinkosten ein.

Die in den vom Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen erstellten Übersichten enthaltenen Kostensätze sind Mittelwerte, berechnet aus den jeweiligen Ist-Ausgaben des Bundeshaushalts. Da die Ergebnisse von Kostenberechnungen und Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen unabhängig von Zufälligkeiten sein sollen, genügen in der Regel die Durchschnitts- und Pauschalsätze den notwendigen Genauigkeitsanforderungen.

Von den Durchschnittssätzen sollte nur dann abgewichen werden, wenn sie spezifischen örtlichen Gegebenheiten nicht gerecht werden oder die hier in pauschalisierten Sätzen erfassten Kosten als Einzelkosten ermittelbar und direkt zurechenbar sind.

Bei den Personalkostensätzen handelt es sich nicht um Ergebnisse von Wirtschaftlichkeitsberechnungen in Bezug auf die jeweiligen Gesamtlebenseinkommen, sondern um regelmäßig aktualisierte Ist-Ausgaben des Bundeshaushalts. Die Personalkostensätze können deshalb nicht zur Beantwortung der Frage herangezogen werden, ob die Beschäftigung von Beamtinnen/Beamten oder Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer für den Staat wirtschaftlicher ist. So ist auch bei dem 30-prozentigen Versorgungszuschlag für Beamtinnen/Beamte, Richterinnen/Richter und Hochschullehrerinnen/ Hochschullehrer für Fälle der Beurlaubung ohne Dienstbezüge (vgl. Textziffer 6.1.10 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum BeamtVG) von einer Diskontierung der potentiellen Versorgungsleistungen, d.h. einer Berücksichtigung der späteren Versorgungsleistungen mit ihrem Bar- oder Gegenwartswert, der durch Abzinsung nach der Kapitalwertmethode ermittelt wird, abgesehen worden.

1. Durchschnittsbezüge für Beamtinnen/Beamte, Richterinnen/Richter, Hochschullehrerinnen/ Hochschullehrer und Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes

Getrennt für die obersten Bundesbehörden und die Behörden der nachgeordneten Bundesverwaltung (jeweils ohne Soldatinnen/Soldaten) werden unter Berücksichtigung der besoldungsrechtlichen und tarifvertraglichen Regelungen für jede Besoldungs- und Entgeltgruppe sowie für Laufbahnen altersunabhängige Durchschnittswerte ermittelt. Die durchschnittlichen jährlichen Bezüge werden errechnet aus

- den laufenden Bezügen (Grundgehalt bzw. Entgelt, Familienzuschlag, Zulagen, vermögenswirksame Leistungen) des Erhebungsmonats und
- den nach den Zahlungsmerkmalen des Erhebungsmonats voraussichtlich zu zahlenden Sonderzahlungen.

Die jährliche Leistungsprämie der Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer ist in den Durchschnittsbezügen nicht enthalten.

2. Versorgungszuschlag/Sozialversicherungsbeiträge (einschließlich Zusatzversorgung)**2.1. Beamtinnen/Beamten, Richterinnen/Richter und Hochschullehrerinnen/Hochschullehrer**

Die Versorgungsbezüge (einschließlich Nebenleistungen) werden durch einen Versorgungszuschlag in Höhe von 30 v.H. der Durchschnittsdienstbezüge abgedeckt (Sp. 3 der entsprechenden Übersichten). Auf die Berücksichtigung der Zuweisungen für den Versorgungsfonds des Bundes wurde verzichtet.

2.2. Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer

Für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer sind in Sp. 3 der entsprechenden Übersichten jeweils die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und zur Zusatzversorgung enthalten. Der durchschnittliche Jahresbe-

trag dieser Zuschläge wird aus den jeweiligen tatsächlich gezahlten Beiträgen des Erhebungsmonats ermittelt.

3. Personalnebenkosten

Zu den Personalnebenkosten (Sp. 4 der Übersichten) gehören Beihilfen, Fürsorgeleistungen, Unterstützungen, Ausgaben für die Unfallkasse des Bundes, Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen.

4. Aufwandsentschädigungen und sonstige Leistungen

Für Aufwandsentschädigungen (z.B. Dienstaufwandsentschädigung, Lehrentschädigung) sowie Zulagen und sonstige Leistungen, die einmalig bzw. auf besondere Nachweisung (z.B. Erschwerniszulagen) gezahlt werden, wurde kein durchschnittlicher Zuschlagssatz berechnet. Wegen der sehr unterschiedlichen Zahlungsvoraussetzungen und des nicht überschaubaren, ggf. zu berücksichtigenden Personenkreises sind derartige Entschädigungen und Leistungen jeweils nach den tatsächlichen Gegebenheiten zu ermitteln. Im Verhältnis zu den übrigen Personalkosten wird der Anteil dieser Kosten im allgemeinen gering sein. Deren Ermittlung sollte dennoch nicht vernachlässigt werden, da in Einzelfällen die Aufwandsentschädigungen und sonstigen Leistungen die Ergebnisse von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durchaus entscheidend beeinflussen können.

5. Sonstige Personalgemeinkosten

Hierunter sind die Personalkosten zu verstehen, die nicht als Einzelkosten erfassbar, sondern nur mit Hilfe bestimmter Schlüssel zu verteilen und zuzurechnen sind. Da eine verursachungsgerechte Zuordnung dieser Kosten in aller Regel schwierig ist und oft einen erheblichen Erhebungsaufwand erfordert, werden für die Bundesverwaltung die sonstigen Personalgemeinkosten pauschaliert.

Der Zuschlagssatz beträgt z.Z. 30 v.H. der durchschnittlichen Bezüge (Sp. 11 bis 13 der Übersichten).

Soweit dieser Zuschlagssatz den örtlichen Gegebenheiten nicht gerecht wird, kann durch eigene Berechnungen hiervon abgewichen werden. Das gilt insbesondere auch für solche Kostenberechnungen/ Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, an deren Ergebnisgenauigkeit besonders hohe Anforderungen gestellt werden müssen. (Für die Eintragung eigener Berechnungen stehen jeweils die freien Spalten 8 bis 10 der Übersichten zur Verfügung.)

Der Zuschlagssatz von 30 v.H. für die sonstigen Personalgemeinkosten schließt folgende Verwaltungsgemeinkosten (**ohne Sachkosten**) ein:

- Innerer Dienst (z.B. Schreibkräfte, Botendienst)
- Kosten der Leitung (Aufsichts- und Führungsfunktionen, jedoch keine politischen Funktionen)
- Allgemeine Verwaltung (z.B. Personalangelegenheiten, Haushalt, Organisation).

Nachstehende Aufgabenbereiche sind bei der Berechnung des Zuschlagssatzes berücksichtigt worden:

- Allgemeine Verwaltung (sog. Z-Verwaltung) , Hauptbüro
- Hausverwaltung, Boten- und Pfortnerdienst, Fernsprechdienste, Fernschreibdienste, Schriftgutverwaltung, Schriftgutherstellung, Fahrbereitschaft, Materialverwaltung, Vervielfältigungsstelle, Poststelle
- Haushaltsangelegenheiten, Zahlstelle
- Personalangelegenheiten einschließlich Bezügeberechnung, Ärztlicher und Sozialer Dienst, Aus- und Fortbildung (BaköV)
- Organisationsangelegenheiten einschließlich Prüfgruppen, Datenverarbeitung und Technische Dienste
- Personalvertretung
- Rechtsangelegenheiten, Beratung
- Bibliothek, Dokumentation, Statistik, Übersetzungsstellen.

In dem Zuschlagssatz von 30 v.H. sind insbesondere **nicht** enthalten:

Vertretungskosten, Kosten der Nachwuchsausbildung, Kosten für sonstige ressortübergreifende Verwaltungseinrichtungen und Kosten, die mit den Verwaltungsleistungen in einem engen fachlichen Zusammenhang stehen, zentral aber nicht erfassbar sind (z.B. Personalkosten für Dienstleistungen Dritter wie Fremdreinigung, Datenverarbeitung, Gutachtenerstellung u.a.).

Kosten für Leistungen Dritter stellen sich häufig undifferenziert als Sachkosten dar. Soweit solche Kosten in Kostenberechnungen/Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen einfließen, sollte bedacht werden, inwieweit in den Fremdkosten enthaltene Personalkosten von Bedeutung sind und als solche ggf. eine besondere Berücksichtigung erfordern.

6. Berechnung der durchschnittlichen Arbeitsstunden

Den Berechnungen der durchschnittlichen Personalkosten liegt die Jahresstundenzahl zugrunde, die durchschnittlich der tatsächlichen Leistungserbringung zugerechnet werden kann.

Für die Festlegung der durchschnittlichen Arbeitsstunden wurden die Angaben, die von der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt) ermittelt wurden (KGSt-Bericht Nr.2/2003), übernommen. Die Ausfälle durch Erkrankungen und Kuren basieren auf den Erhebungen des Bundesministeriums des Innern (vgl. „Krankenstand und Gesundheitsförderung in der unmittelbaren Bundesverwaltung - Erhebung 2008“).

Die Stundenzahlen wurden im Einzelnen wie folgt ermittelt:

Berechnung der Arbeitsstunden

a) Beamtinnen/Beamte

Jahr			365 Tage
Abzüglich	Sonntage	52 Tage	
	Samstage	52 Tage	
	Feiertage	10 Tage	114 Tage
			251 Tage
abzüglich	Ausfälle durch Erkrankungen, Kuren	16,32 Tage	
	Urlaub u. ganztägige Dienstbefreiung	32,23 Tage	48,55 Tage
			202,45 Tage

Auf die Berücksichtigung der Ausnahmeregelung, wonach in besonderen Fällen auf Antrag die wöchentliche Arbeitszeit auf 40 Std./Woche reduziert werden kann, wurde verzichtet.

Durchschnittliche Arbeitszeit: 41,0 Std./Woche = 492 Min. täglich

202,45 Tage	x	492 Min.	=	99.605,40	Minuten/Jahr
			=	1.660,09	Stunden/Jahr
			=	138,34	Stunden/Monat
gerundet			=	138	Stunden/Monat

b) Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer

Jahr			365 Tage
Abzüglich	Sonntage	52 Tage	
	Samstage	52 Tage	
	Feiertage	10 Tage	114 Tage
			251 Tage
abzüglich	Ausfälle durch Erkrankungen, Kuren	17,09 Tage	
	Urlaub u. ganztägige Dienstbefreiung	32,23 Tage	49,32 Tage
			201,68 Tage

durchschnittliche Arbeitszeit: 39,0 Std./Woche = 468 Min. täglich

201,68 Tage	x	468 Min.	=	94.386,24	Minuten/Jahr
			=	1.573,09	Stunden/Jahr
			=	131,09	Stunden/Monat
gerundet			=	131	Stunden/Monat

II. Übersichten

Erläuterungen

Die durchschnittlichen Personalkostensätze in der Bundesverwaltung werden durch das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen auf der Basis von Vollzeitkräften (ohne Soldatinnen/Soldaten) errechnet. Die Ermittlung erfolgt einschließlich der Personalgemeinkosten, jedoch ohne Sachkosten.

Personalnebenkosten

Errechnet werden die Kosten pro Jahr je Beschäftigtem nach Ist-Ergebnis 2008, ohne Versorgungsempfängerinnen/Versorgungsempfängern und 131er. Als Grundlage für die Aufteilung nach dem Beschäftigungsanteil werden die Zahlen des Statistischen Bundesamtes zum jeweiligen Stichtag verwendet. Berücksichtigt sind Vollzeitkräfte und Teilzeitkräfte des Bundes im unmittelbaren öffentlichen Dienst (nur Verwaltung), ohne rechtlich unselbständige Wirtschaftsunternehmen und ohne Soldatinnen/Soldaten zum Stand 30.06.2008.

Aufteilung nach Beschäftigtenanteilen:

	Beamtinnen/Beamte, Richterinnen/Richter, Hochschullehrerinnen/ Hochschullehrer	Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
Beihilfe (Gr. 441)	95 %	5 %
Fürsorgeleistungen, Unterstützungen (Gr. 443)	46,6 %	53,4 %
Zuschüsse für soziale Einrichtungen (Gr. 451)	46,6 %	53,4 %
Unfallkasse (Gr.452, nur Festtitel 452 02)	0 %	100 %
Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen (Gr. 453)	46,6 %	53,4 %

Sonstige Personalgemeinkosten

Die sonstigen Personalgemeinkosten ergeben sich aus 30 % der Personalkostensätze, soweit sie für den vorgesehenen Anwendungsbereich der Personalkostensätze plausibel sind, ansonsten sind in Abwägung von Erhebungsaufwand und erforderlicher Genauigkeit eigene Ermittlungen durchzuführen. Es sind weder Sachkosten noch Arbeitsplatzpauschale enthalten.

II. Übersicht über die Personalkostensätze 2009 für Kostenberechnungen/Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen
Beamtinnen/Beamte (Oberste Bundesbehörden)

Tabelle 1a
 Stand: 09/2009

Besoldungs- gruppe	Durchschnitts- zuschläge (in EUR)		Vorsorgungs- zuschlag (in EUR)		Personalbe- nkenkosten- (in EUR)		Durchschnittliche Personalkostensätze (in EUR)				Durchschnittliche Personalkostensätze einschl. sonstiger Personalgemeinkosten (in EUR)				
	Jahr		Jahr		Jahr		Jahr		Jahr		Jahr		Jahr		
	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	(Sp. 5 + 30% von Sp. 2)	(Sp. 11 / 12)	(Sp. 12 / 138)
1															
A 03	26 196	7 859	2 248	36 303	3 025	21,92							44 162	3 680	26,67
A 04	27 400	8 220	2 248	37 868	3 156	22,87							46 088	3 841	27,83
A 05 S	28 389	8 517	2 248	39 154	3 263	23,64							47 671	3 973	28,79
A 06 S	29 901	8 970	2 248	41 119	3 427	24,83							50 089	4 174	30,25
einfacher Dienst	28 713	8 614	2 248	39 575	3 298	23,90							48 189	4 016	29,10
A 05	28 208	8 462	2 248	38 918	3 243	23,50							47 380	3 948	28,61
A 06	29 610	8 883	2 248	40 741	3 395	24,60							49 624	4 135	29,96
A 07	30 537	9 161	2 248	41 946	3 496	25,33							51 107	4 259	30,86
A 08	32 544	9 763	2 248	44 555	3 713	26,91							54 318	4 527	32,80
A 09 S	36 350	10 905	2 248	49 503	4 125	29,89							60 408	5 034	36,48
A 09 S+Z	40 090	12 027	2 248	54 365	4 530	32,83							66 392	5 533	40,09
mittlerer Dienst	35 649	10 695	2 248	48 592	4 049	29,34							59 287	4 941	35,80
A 09	34 931	10 479	2 248	47 658	3 972	28,78							58 137	4 845	35,11
A 10	36 225	10 868	2 248	49 341	4 112	29,80							60 209	5 017	36,36
A 11	42 073	12 622	2 248	56 943	4 745	34,38							69 565	5 797	42,01
A 12	47 409	14 223	2 248	63 880	5 323	38,57							78 103	6 509	47,17
A 13 S	55 144	16 543	2 248	73 935	6 161	44,64							90 478	7 540	54,64
A 13 S+Z	59 662	17 899	2 248	79 809	6 651	48,20							97 708	8 142	59,00
gehobener Dienst	49 744	14 923	2 248	66 915	5 576	40,41							81 838	6 820	49,42
A 13	51 766	15 530	2 248	69 544	5 795	41,99							85 074	7 090	51,38
A 14	56 221	16 866	2 248	75 335	6 278	45,49							92 201	7 683	55,67
A 15	66 458	19 937	2 248	88 643	7 387	53,53							108 580	9 048	65,57
A 16	74 830	22 449	2 248	99 527	8 294	60,10							121 976	10 165	73,66
B 03	85 842	25 753	2 248	113 843	9 487	68,75							139 596	11 633	84,30
B 04	98 880	29 664	2 248	130 792	10 899	78,98							160 456	13 371	96,89
B 05	95 864	28 759	2 248	126 871	10 573	76,62							155 630	12 969	93,98
B 06	101 499	30 450	2 248	134 197	11 183	81,04							164 647	13 721	99,43
B 07	102 391	30 717	2 248	135 356	11 280	81,74							166 073	13 839	100,28
B 09	118 333	35 500	2 248	156 081	13 007	94,25							191 581	15 965	115,69
B 10	137 019	41 106	2 248	180 373	15 031	108,92							221 479	18 457	133,75
B 11	144 736	43 421	2 248	190 405	15 867	114,98							233 826	19 486	141,20
höherer Dienst	69 725	20 918	2 248	92 891	7 741	56,09							113 809	9 484	68,72

II. Übersicht über die Personalkostensätze 2009 für Kostenberechnungen/Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen
Richterinnen/Richter und Staatsanwältinnen/Staatsanwälte (Oberste Bundesbehörden)

Tabelle 1b
 Stand: 09/2009

Besoldungs- gruppe	Durchschnittsbezüge (in EUR)		Versorgungs- zuschlag (in EUR) (30 % von Sp.2)		Personalbe- kosten- (in EUR) (Pausch- betrag)		Durchschnittliche Personalkostensätze (in EUR)				Durchschnittliche Personalkostensätze einschl. sonstiger Personalgemeinkosten (in EUR)														
	Jahr	2	Jahr	3	Jahr	4	Jahr	5	Monat	6	Stunde	7	Jahr	8	Monat	9	Stunde	10	Jahr	11	Monat	12	Stunde	13	
1																									
R 02		72 215		21 665		2 248		96 128		8 011		58,05		8		9				117 793		9 816		71,13	
R 03		85 264		25 579		2 248		113 091		9 424		68,29								138 670		11 556		83,74	
R 06		101 102		30 331		2 248		133 681		11 140		80,72								164 012		13 668		99,04	
R 07		105 118		31 535		2 248		138 901		11 575		83,88								170 436		14 203		102,92	
R 08		111 702		33 511		2 248		147 461		12 288		89,04								180 972		15 081		109,28	
R 09		116 689		35 007		2 248		153 944		12 829		92,96								188 951		15 746		114,10	
R 10		124 402		37 321		2 248		163 971		13 664		99,01								201 292		16 774		121,55	
Richterinnen/ Richter Staatsanwäl- tinnen/Staats- anwälte		102 354		30 706		2 248		135 308		11 276		81,71								166 014		13 835		100,25	

II. Übersichten über die Personalkostensätze 2009 für Kostenberechnungen/Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen
Beamtinnen/Beamte (Nachgeordnete Bundesbehörden)

Tabelle 2a
 Stand: 09/2009

Besoldungs- gruppe	Durch- schnittsbe- züge (in EUR)		Versorgungs- zuschlag (in EUR)		Personalne- benkosten- (in EUR)		Durchschnittliche Personalkostensätze (in EUR)				Durchschnittliche Personalkostensätze einschl. sonstiger Personalgemeinkosten (in EUR)				
	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr	(Summe Sp. 2 - 4)	(Sp. 5 / 12)	(Sp. 6 / 138)	(Sp. 5 + ... % von Sp.2)	(Sp. 8 / 12)	(Sp. 9 / 138)	(Sp. 5 + 30% von Sp. 2)	(Sp. 11 / 12)	(Sp. 12 / 138)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13			
A 02	20 473	6 142	2 248	28 863	2 405	17,43	28 863	2 405	17,43	35 005	2 917	21,14	35 005	2 917	21,14
A 03	24 132	7 240	2 248	33 620	2 802	20,30	33 620	2 802	20,30	40 860	3 405	24,67	40 860	3 405	24,67
A 04	27 750	8 325	2 248	38 323	3 194	23,14	38 323	3 194	23,14	46 648	3 887	28,17	46 648	3 887	28,17
A 05 S	28 210	8 463	2 248	38 921	3 243	23,50	38 921	3 243	23,50	47 384	3 949	28,62	47 384	3 949	28,62
A 06 S	29 086	8 726	2 248	40 060	3 338	24,19	40 060	3 338	24,19	48 786	4 066	29,46	48 786	4 066	29,46
einfacher Dienst	28 118	8 435	2 248	38 801	3 233	23,43	38 801	3 233	23,43	47 236	3 936	28,52	47 236	3 936	28,52
A 05	28 815	8 645	2 248	39 708	3 309	23,98	39 708	3 309	23,98	48 353	4 029	29,20	48 353	4 029	29,20
A 06	26 601	7 980	2 248	36 829	3 069	22,24	36 829	3 069	22,24	44 809	3 734	27,06	44 809	3 734	27,06
A 07	30 012	9 004	2 248	41 264	3 439	24,92	41 264	3 439	24,92	50 268	4 189	30,36	50 268	4 189	30,36
A 08	33 552	10 066	2 248	45 866	3 822	27,70	45 866	3 822	27,70	55 932	4 661	33,78	55 932	4 661	33,78
A 09 S	37 081	11 124	2 248	50 453	4 204	30,46	50 453	4 204	30,46	61 577	5 131	37,18	61 577	5 131	37,18
A 09 S+Z	40 386	12 116	2 248	54 750	4 563	33,07	54 750	4 563	33,07	66 866	5 572	40,38	66 866	5 572	40,38
mittlerer Dienst	33 822	10 147	2 248	46 217	3 851	27,91	46 217	3 851	27,91	56 364	4 697	34,04	56 364	4 697	34,04
A 09	32 787	9 836	2 248	44 871	3 739	27,09	44 871	3 739	27,09	54 707	4 559	33,04	54 707	4 559	33,04
A 10	38 756	11 627	2 248	52 631	4 386	31,78	52 631	4 386	31,78	64 258	5 355	38,80	64 258	5 355	38,80
A 11	43 588	13 076	2 248	58 912	4 909	35,57	58 912	4 909	35,57	71 988	5 999	43,47	71 988	5 999	43,47
A 12	48 212	14 464	2 248	64 924	5 410	39,20	64 924	5 410	39,20	79 388	6 616	47,94	79 388	6 616	47,94
A 13 S	54 105	16 232	2 248	72 585	6 049	43,83	72 585	6 049	43,83	88 817	7 401	53,63	88 817	7 401	53,63
A 13 S+Z	58 277	17 483	2 248	78 008	6 501	47,11	78 008	6 501	47,11	95 491	7 958	57,67	95 491	7 958	57,67
gehobener Dienst	42 192	12 658	2 248	57 098	4 758	34,48	57 098	4 758	34,48	69 756	5 813	42,12	69 756	5 813	42,12

II. Übersichten über die Personalkostensätze 2009 für Kostenberechnungen/Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen
Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes EG 1 - 15Ü und AT B (Nachgeordnete Bundesbehörden)

Tabelle 2c

Stand: 08/2009

Entgelt- gruppe	Durchschnitts- bezüge einschl. Jahresson- derzahlung (in EUR)		Sozial- und Zusatz- versi- cherung (Arbeit- geber- anteil) (in EUR)		Personal- neben- kosten (in EUR) (Pausch- betrag)		Durchschnittliche Personalkosten (in EUR)			Durchschnittliche Personalkosten einschließlich sonstiger Personalkosten (in EUR)			Durchschnittliche Personalkosten einschließlich sonstiger Personalkosten (in EUR)					
	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr	Monat	Stunde	Jahr	Monat	Stunde	Jahr	Monat	Stunde	Jahr	Monat	Stunde
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19
E01	18 200	4 616	1 014	23 830	1 986	15,16				29 290	2 441	18,63	29 290	2 441	18,63			
E02	26 265	6 738	1 014	34 017	2 835	21,64				41 897	3 491	26,65	41 897	3 491	26,65			
E02Ü	26 053	6 772	1 014	33 839	2 820	21,53				41 655	3 471	26,50	41 655	3 471	26,50			
E03	26 101	5 627	1 014	32 742	2 729	20,83				40 572	3 381	25,81	40 572	3 381	25,81			
E04	29 254	6 264	1 014	36 532	3 044	23,24				45 308	3 776	28,82	45 308	3 776	28,82			
E04A	32 815	9 048	1 014	42 877	3 573	27,27				52 722	4 394	33,54	52 722	4 394	33,54			
Summe 1 - 4	26 702	5 803	1 014	33 519	2 793	21,32				41 530	3 461	26,42	41 530	3 461	26,42			
E05	29 670	7 412	1 014	38 096	3 175	24,24				46 997	3 916	29,89	46 997	3 916	29,89			
E06	31 599	7 562	1 014	40 175	3 348	25,56				49 655	4 138	31,59	49 655	4 138	31,59			
E07	33 079	7 399	1 014	41 492	3 458	26,40				51 416	4 285	32,71	51 416	4 285	32,71			
E07A	28 024	7 684	1 014	36 722	3 060	23,36				45 129	3 761	28,71	45 129	3 761	28,71			
E07A	33 370	9 164	1 014	43 548	3 629	27,70				53 559	4 463	34,07	53 559	4 463	34,07			
E08	34 568	8 053	1 014	43 635	3 636	27,76				54 005	4 500	34,35	54 005	4 500	34,35			
E08A	35 138	9 623	1 014	45 775	3 815	29,12				56 316	4 693	35,82	56 316	4 693	35,82			
E09A	37 163	10 265	1 014	48 442	4 037	30,82				59 591	4 966	37,91	59 591	4 966	37,91			
E09B	39 001	10 757	1 014	50 772	4 231	32,30				62 472	5 206	39,74	62 472	5 206	39,74			
E09C	42 771	11 785	1 014	55 570	4 631	35,35				70 648	5 700	43,51	70 648	5 700	43,51			
E09D	44 211	12 160	1 014	57 385	4 782	36,50				70 648	5 887	44,94	70 648	5 887	44,94			
Summe 5 - 9	31 831	7 616	1 014	40 461	3 372	25,74				50 010	4 168	31,82	50 010	4 168	31,82			

Bemerkung:
Die Entgeltgruppen mit dem Zusatz A, B, C und D betreffen nur die Bundeswehr (Bereich: Krankenhäuser).

II. Übersichten über die Personalkostensätze 2009 für Kostenberechnungen/Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen
Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes EG 1 - 15Ü und AT B (Nachgeordnete Bundesbehörden)

Tabelle 2c

Stand: 08/2009

Entgelt- gruppe	Durchschnitts- bezüge einschl. Jahresson- derzahlung (in EUR)		Sozial- und Zusatz- versi- cherung (Arbeit- geber- anteil) (in EUR)		Personal- neben- kosten (in EUR) (Pausch- betrag)		Durchschnittliche Personalkosten (in EUR)				Durchschnittliche Personalkosten einschließlich sonstiger Personalgemeinkosten (in EUR)											
	Jahr		Jahr		Jahr		Summe Sp. 2 - 4)		(Sp. 5 / 12)		(Sp. 6 / 131)		(Sp. 5 + ...% von Sp. 2)		(Sp. 8 / 12)		(Sp. 9 / 131)		(Sp. 11 / 12)		(Sp. 12 / 131)	
	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13										
1																						
E09	38 794	9 826	1 014	49 634	4 136	31,57																
E10	43 107	11 075	1 014	55 196	4 600	35,11																
E10A	44 993	12 325	1 014	58 332	4 861	37,11																
E11	48 231	12 198	1 014	61 443	5 120	39,08																
E11A	52 190	13 471	1 014	66 675	5 556	42,41																
E12	54 620	13 326	1 014	68 960	5 747	43,87																
Summe 9 - 12	42 320	10 685	1 014	54 019	4 502	34,37																
E13	44 791	10 961	1 014	56 766	4 731	36,11																
E14	57 099	13 478	1 014	71 591	5 966	45,54																
E15	65 792	14 414	1 014	81 220	6 768	51,66																
E15Ü/ AT B	76 673	15 303	1 014	92 990	7 749	59,15																
Summe 13 - 15Ü/AT B	52 869	12 523	1 014	66 406	5 534	42,24																

Bemerkung:
 Die Entgeltgruppen mit dem Zusatz A, B, C und D betreffen nur die Bundeswehr (Bereich: Krankenhäuser).

Sachkostenpauschale eines Arbeitsplatzes in der Bundesverwaltung für Kostenberechnungen/Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen

Bei der Ermittlung der Sachkostenpauschale wurde wegen des nicht zu vertretenden hohen Arbeitsaufwandes von einer bereichsspezifischen Berechnung der Kosten für die unterschiedlichen Arbeitsplätze in der Bundesverwaltung abgesehen und ein Durchschnittswert für oberste und nachgeordnete Bundesbehörden aus entsprechenden Ist-Ausgaben des Bundeshaushalts abgeleitet, soweit dies im Einzelnen möglich war. Die Sachkostenpauschale kann daher nur dann zugrunde gelegt werden, wenn die im Rahmen der Durchschnittsberechnung getroffenen Annahmen auch für den jeweiligen Anwendungsbereich zutreffend erscheinen. Der Pauschalsatz umfasst die Kosten der Ausstattung eines durchschnittlichen normalen Büroarbeitsplatzes sowie die sonstigen Sachgemeinkosten in der allgemeinen und inneren Verwaltung. Soweit Arbeitsplätze mit Spezialausstattung betrachtet werden, sind auf den Einzelfall abgestimmte besondere Kostenermittlungen anzustellen.

Die Pauschale für die Sachkosten eines Standardarbeitsplatzes (Bildschirmarbeitsplatz) in der Bundesverwaltung beträgt z.Z. 11.908 €, worin 10.108 € für die unmittelbar dem Büroarbeitsplatz zurechenbaren Sachkosten (Raumkosten (Nr. 1) und laufende Sachkosten (Nr.2)) und 1.800 € für die sonstigen Sachgemeinkosten (Kapitalkosten (Nr. 3) und die sonstigen jährlichen Investitionskosten (Nr. 4)) enthalten sind. Bei der Beurteilung der Sachgemeinkosten ist zu berücksichtigen, dass bereits in den Personalkostentabellen ein Personalgemeinkostenanteil von 30 % der durchschnittlichen Bezüge eingearbeitet ist.

Der Pauschalbetrag, der sich aus Raumkosten (Nr. 1), laufenden Sachkosten (Nr. 2), Kapitalkosten für Büroausstattung einschließlich eines Zuschlages für deren Unterhaltung (Nr. 3) sowie sonstigen Investitionskosten (Nr. 4) der allgemeinen und inneren Verwaltung zusammensetzt, wurde im einzelnen wie folgt ermittelt (vgl. Tabelle).

1. Raumkosten

Den Raumkosten wurde eine durchschnittliche Größe eines normalen Arbeitsplatzes von 24 m² zugrunde gelegt. [Basis der Raumgrößenermittlung sind die Nettonutzflächen und die Zahl der Arbeitsplätze der Bundesministerien nach dem Stand 1984 (Bundestags-Drucks. 10/2645 vom 14. Dezember 1984). Aus der Division von Nettonutzfläche und Anzahl der Arbeitsplätze ergibt sich eine Durchschnittsfläche von 23,56 m² pro Arbeitsplatz. Der so ermittelte Durchschnittswert von rd. 24 m² liegt mit einer angenommenen Hauptnutzfläche von 16 m² und 8 m² Nebenfläche zwischen den Angaben für Höchstfläche der Sachbearbeiterinnen/Sachbearbeiter und Referentinnen/Referenten (Ifd. Nr. 3 und 4 der Anlage 1 zu Muster 13 der RBBau).]

Ausgehend von einem Mietpreis von 17,70 €/m² für die Hauptnutzfläche und 9,48 €/m² für die kostengünstigeren Nebenflächen ergeben sich Raumkosten (kalkulatorische Miete) in Höhe von 4.308 € pro Jahr.

Hauptnutzfläche	16 m ² x 17,70€/m ² x 12 Monate	= 3.398,40€ p.a.
Nebenfläche	8 m ² x 9,48€/m ² x 12 Monate	= 910,08 € p.a.
Raumkosten		= 4.308,48 € p. a.

Mit dieser pauschalierten Festsetzung der Raumkosten (kalkulatorische Miete) sind die Kosten aus dem Bereich der Hauptgruppe 7 (Baumaßnahmen) sowie Teile der Kosten der Gruppen 518 (Mieten und Pachten) und 519 (Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen) abgedeckt.

2. Laufende Sachkosten

Die laufenden Sachkosten werden aus den Ist-Ausgaben des Bundeshaushalts 2008 ermittelt. Sie umfassen:

- Geschäftsbedarf, usw. (Gruppe 511).
- Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dergleichen (Gruppe 514). Die Ist-Ausgaben der Gruppe 514 werden um die militärischen Ausgaben im Epl. 14 für Gemeinschaftsverpflegung, Betriebsstoff für die Bundeswehr und Arznei- und Verbandsmittel korrigiert.

- Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (Teile der Gruppe 517: Nur Ist-Ausgaben ziviler Bereich, daher Kürzung um 90 % der entsprechenden Ausgaben in Kapitel 1412).
- Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (Teile der Gruppe 519: Nur geschätzte Ist-Ausgaben ziviler Bereich, daher Kürzung um 90 % der entsprechenden Ausgaben in Kapitel 1412; davon dann nur 20 %, da die laufenden Unterhaltsaufwendungen bei gemieteten und gepachteten Gebäuden u.ä. überwiegend durch den Ansatz der kalkulatorischen Miete [Raumkosten, vgl. Ziffer 1] abgedeckt sind).
- Kosten für die Informationstechnik (Tgr. 55, Gruppen 518, 525 und 532).

Ein Abschlag für die in der Gruppe 517 enthaltenen anteiligen Personalkosten bei Fremdaufträgen wurde nicht vorgenommen, da sie sich für die auftragerteilende Behörde wie ein Sachmitteleinsatz darstellen.

Sonstige laufende Sachkosten der Obergruppen 51-54 (z.B. Reisekosten) sind wegen der starken Schwankungsbreiten bei den einzelnen Behörden nicht berücksichtigt und müssen ggf. hinzugerechnet werden.

Bei der Berechnung der Kosten je Arbeitsplatz/Beschäftigtem wurde die Zahl der Vollzeitbeschäftigten sowie der Teilzeitbeschäftigten mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit eines entsprechenden Vollzeitbeschäftigten zugrunde gelegt und hiervon ein geschätzter Anteil von Beschäftigten ohne Büroarbeitsplatz (Außendienst) abgezogen. Die Berechnung ergibt laufende Sachkosten je Arbeitsplatz in Höhe von gerundet 5.800 €, worin 5.220 € unmittelbar zurechenbare Sachkosten und 580 € sonstige Gemeinkosten enthalten sind.

3. Kapitalkosten für Büroausstattung sowie Zuschlag für deren Unterhaltung

Die Ermittlung der durchschnittlichen Kosten einer Büroausstattung ergeben sich aus den Mittelwerten der Höchstpreise für die Büroausstattung für Sachbearbeiterinnen/Sachbearbeiter und Referentinnen/Referenten (vgl. Aufstellungsgrundschriften zum Haushalt 2008 vom 9. Januar 2007). Die hierfür in den Gruppen 511 und 812 enthaltenen Ist-Ausgaben können nicht herausgerechnet werden. Den Kapitalkosten sind noch Aufwendungen für die Unterhaltung der Büroausstattung zuzuschlagen.

Bei der Ermittlung der Kapitalkosten für Büroausstattung werden folgende Annahmen und Werte zugrunde gelegt:

- Mittel der Richtwerte für die Büroausstattung für Sachbearbeiterinnen/Sachbearbeiter und Referentinnen/Referenten:
 - 3.300 €
- Nutzungsdauer: 15 Jahre
- kalkulatorische Verzinsung: 6 %
- Zuschlagssatz für die Unterhaltung der Büroausstattung: 5 %

Die Berechnung ergibt Kapitalkosten für die Büroausstattung einschließlich Zuschlag für deren Unterhaltung in Höhe von 330 €.

4. Sonstige jährliche Investitionskosten

Um die mit der Berechnung der kalkulatorischen Abschreibung und Verzinsung verbundenen Ermittlungsprobleme zu vermeiden und um den Fortschreibungsaufwand möglichst gering zu halten, wurde eine Ableitung aus den durchschnittlichen Ist-Ausgaben des Haushalts für vertretbar gehalten. Für Ersatz-/ Neuinvestitionen an beweglichen Sachen der allgemeinen und inneren Verwaltung sowie für sonstige Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände der Gruppe 511 (ohne die in Nr. 3 verrechneten Kosten der Büroausstattung) wird ein Anteil von 50 % der Ist-Ausgaben der Gruppen 811, 812 je Beschäftigtem (gewichteter Durchschnitt der letzten fünf Jahre) zugrunde gelegt; hieraus ergibt sich ein durchschnittlicher Betrag von 1.470 €.

Sachkostenpauschale je Beschäftigtem/Arbeitsplatz 2009¹⁾

Bezeichnung	gerundete Beträge pro Beschäftigtem in € p.a.
1. Raumkosten	4.308
2. laufende Sachkosten	5.800
3. Kapitalkosten für Büroausstattung sowie Zuschlag für deren Unterhaltung	330
4. Sonstige jährliche Investitionskosten	1.470
Summe	11.908

¹⁾ Statistisches Bundesamt, Dienstbericht 2008: Beschäftigte des Bundes nach Einstufungen und Altersgruppen: nur Verwaltung ohne rechtlich unselbständige Wirtschaftsunternehmen, ohne Soldatinnen/Soldaten): Vollzeitbeschäftigte sowie Teilzeitbeschäftigte abzüglich eines geschätzten Anteils von Beschäftigten ohne Büroarbeitsplatz (Außendienst) von rd. 30.000.